

Mecklenburg-Vorpommern, 10. März 2026

Erklärung der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen in den Landtagen, in den Bürgerschaften, im Bundestag und EP

**Preisspirale an der Zapfsäule stoppen, jetzt wirksame Maßnahmen ergreifen, Preissmissbrauch verhindern!**

Der Krieg im Nahen Osten erschüttert die internationale Ordnung. Unsere Solidarität gilt den Opfern von Krieg, Unterdrückung und Gewalt.

Die Menschen in Deutschland spüren die Folgen dieser Krise ganz unmittelbar: An der Zapfsäule, bei den Energiekosten und in der weiter wachsenden Sorge um wirtschaftliche Sicherheit. Viele Menschen sind auf bezahlbare Mobilität angewiesen. Viele Haushalte, Unternehmen, die Logistikbranche und die Landwirtschaft trifft der Anstieg der Energiepreise unmittelbar und hart.

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen in den Ländern, Bund und Europa erklären daher:

1. **Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst und dulden kein Zuwarten.** Der Krieg im Nahen Osten führt zu erheblichen Belastungen im Alltag und in der Wirtschaft. Politik muss in dieser Situation jetzt handeln.
2. **Wir verurteilen sachlich nicht gerechtfertigte Preis- und Gewinnsprünge zu Lasten der Bevölkerung, insbesondere derjenigen, die auf das Auto angewiesen sind.** Es ist nicht zu akzeptieren, wenn Krisen zum Anlass genommen werden, Spekulationsgewinne in die Höhe zu treiben und Preissteigerungen bei Kraftstoffen schneller und stärker an die Verbraucher weiterzugeben, als dies durch echte Kostenentwicklungen gedeckt ist.
3. **Wir verlangen eine sofortige und konsequente Anwendung des Wettbewerbs- und Kartellrechts.** Die zuständigen Behörden des Bundes müssen die Preisentwicklung bei Kraftstoffen und Energie engmaschig überprüfen und alle bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um missbräuchliche Preis- und Gewinnsteigerungen zu unterbinden. Dazu gehört es, die laufende Untersuchung zu den Preissetzungen noch diese Woche abzuschließen. Einkaufspreise sollten zukünftig offengelegt werden, damit eine Margenausweitung erkennbar ist. Wir fordern die Bundeswirtschaftsministerin außerdem auf, die Fairness und Preistransparenz an der Tanksäule zu erhöhen, indem die Möglichkeit zur Preissteigerung an der Tankstelle begrenzt wird.

4. **Wir wollen das Recht umgehend nachschärfen, wenn das geltende Recht nicht ausreicht.** Wenn auf der Grundlage des geltenden Kartell- und Wettbewerbsrechts nicht wirksam und schnell genug gegen missbräuchliche Entwicklungen vorgegangen werden kann, muss der Gesetzgeber unverzüglich die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Der Staat darf sich gegenüber marktmächtigen Konzernen nicht auf Ohnmacht zurückziehen.
5. **Wir wollen vorbereitet sein, falls die Preise längerfristig steigen.** Den Autofahrerinnen und Autofahrern, der Wirtschaft, insbesondere der Logistikbranche, der Landwirtschaft und allen besonders betroffenen Bereichen muss schnell geholfen werden. Wenn kartellrechtliche und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen nicht zu hinreichenden Entlastungen führen, müssen befristete und wirksame Instrumente geprüft und eingesetzt werden. Dazu gehört auch der Einsatz der strategischen Ölreserven gemeinsam mit unseren internationalen Partnern. Dies ist hier ein bewährtes Mittel für eine kurzfristige Stabilisierung der Preise, das bereits in vergangenen Krisen erfolgreich eingesetzt wurde.
6. **Entlastung darf nicht Übergewinne finanzieren, diese müssen möglichst abgeschöpft werden.** Generell muss gesichert sein, dass diese Entlastung tatsächlich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie den betroffenen Unternehmen ankommt und nicht nur zu weiteren Mitnahmeeffekten seitens der Ölkonzerne führt. Soweit kriegsbedingte Zusatzgewinne oder missbräuchlich erzielte Sondergewinne bei Mineralölkonzernen entstehen, müssen diese abgeschöpft werden, damit nicht wenige Konzerne aus der Krise zusätzliche Gewinne ziehen. Die EU hat 2022 bereits gezeigt, dass es eine europarechtliche Grundlage zur Abschöpfung krisenbedingter Übergewinne geben kann. Es sollte geprüft werden, ob ein vergleichbares Instrument auf europäischer Ebene wieder aktiviert werden kann.
7. **Die beste Antwort auf fossile Krisen ist und bleibt mehr Unabhängigkeit.** Langfristig schützt vor neuen Preisschocks nur die Reduzierung eigener Abhängigkeiten. Wir erwarten von der Bundeswirtschaftsministerin, dass sie die Gesetze zur Weiterentwicklung der Energiewende rasch vorlegt. Im Kern müssen diese Gesetze den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich beschleunigen. Wir erwarten außerdem entschlossene Impulse zum Ausbau der dazugehörigen Infrastruktur. Zugleich braucht Europa einen vertieften Energiebinnenmarkt, der grenzüberschreitende Investitionen erleichtert, Preisarbitrage zwischen Mitgliedstaaten abbaut und Versorgungssicherheit als gemeinsames europäisches Gut organisiert.